

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Josef Bucher, Ing. Peter Westenthaler  
Kollegin und Kollegen

zur Regierungsvorlage (406 d.B.) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Normverbrauchsabgabengesetz und das Mineralölsteuergesetz 1995 geändert werden -  
Ökologisierungsgesetz 2007 (ÖkoG 2007) in der Fassung des Ausschussberichtes ( 441 d.B.)

betreffend wirksame Reduzierung des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes von Neuwagen durch Festlegung langfristig sinkender Emissionsgrenzen

Die von der Bundesregierung beabsichtigte „Ökologisierung“ der Normverbrauchsabgabe mittels Einführung eines Bonus-Malus Systems für Neuwagen ab 1.7. 2008, wobei ab 180 Gramm pro Kilometer CO<sup>2</sup>-Ausstoß (2010 bereits ab 160 g/km) 25 € Malus je darüber liegenden g/km bei der Berechnung der NoVA zu berücksichtigen sind, bedeutet für 20 % (ab 2010 sogar für 40 %) der österreichischen Neuwagenkäufer eine steuerliche Mehrbelastung bis zu mehreren tausend Euro beim Autokauf.

Die Nachteile liegen auf der Hand:

1. Den ohnehin finanziell überbelasteten und auch von dieser Bundesregierung schon deutlich mehrbelasteten (MÖSt- und Vignettenpreiserhöhung, ungebremste Treibstoffpreisanstiege) Autofahrern ist eine weitere Verteuerung des PKW ökonomisch nicht mehr zuzumuten. Die Autofahrer tragen ohnehin schon derzeit mit über 11 Mrd. € zu den Einnahmen für den Finanzminister überproportional bei.
2. Das Bonus-Malus System ändert nichts an der Tatsache, dass es nach wie vor Autos mit hohem CO<sup>2</sup>-Ausstoß in Österreich geben wird und geben kann und wird daher keine Verringerung des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes bewirken, womit der mit diesem Gesetz beabsichtigte Lenkungseffekt maximal in bescheidenem Ausmaß wirken wird.

Die sogenannte „Ökologisierung“ der NoVA fällt daher unter die Kategorie der weiteren Geldbeschaffung und Autofahrerbelastung der SPÖ-ÖVP-Regierung mit geringer Problemlösungswirkung.

Auch das BZÖ erkennt einen Handlungsbedarf beim CO<sup>2</sup>-Ausstoß des PKW Verkehrs. Um den CO<sup>2</sup>-Ausstoß von PKW nachhaltig zu senken, sollten daher EU-weit in einer langfristigen Staffelung die Grenzen der maximal zulässigen Schadstoffgrenzen auf das technisch Machbare gesenkt werden. Solche Vorgaben wären für die Autoindustrie planbar und würden das Ziel einer Senkung des Schadstoffausstoßes ohne zusätzliche Belastungen der Bevölkerung und ohne Einschränkung der Mobilität erreichen helfen.

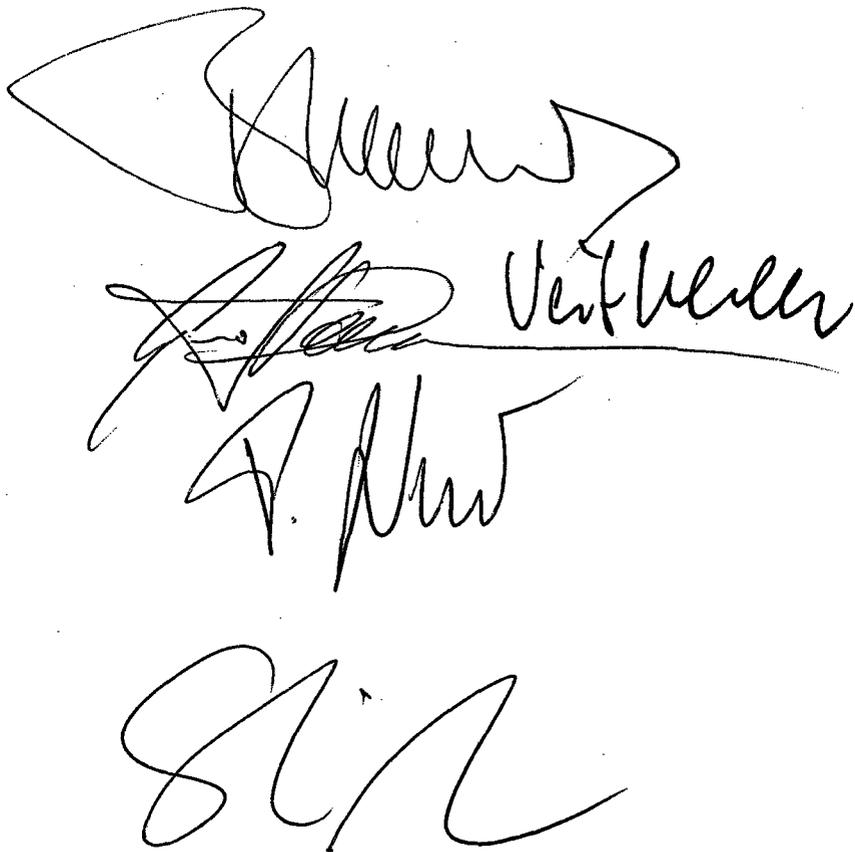
Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

**Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, sich in der Europäischen Union vehement dafür einzusetzen, dass der zulässige Schadstoffausstoß neuzugelassener Fahrzeuge langfristig gestaffelt – und damit planbar - auf das technisch mögliche Minimum gesenkt wird.“

Wien, am 30. Jänner 2008



The image shows four handwritten signatures in black ink. The top signature is the most prominent and appears to be 'H. Müller'. Below it is a signature that reads 'L. P. Verfleiter'. The third signature is 'F. P. Müller'. The bottom signature is 'S. J. N.'.